

MaiZeitung

der Sozialen Liste Bochum

1. Mai 2004

Gerster, Welteke, Stüber....

Stübers Ruhestand, die Pension und 26.000 Euro.

Aufsicht als Rentnerjob ?

Ernst-Otto Stüber hat es weit gebracht. Vom kleinen Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Einheit“, wurde er über den Posten des Bezirksvorstehers in Bochum-Ost Oberbürgermeister der Stadt. Zur nächsten Kommunalwahl kandidiert OB Stüber nicht mehr, denn er hat die Altersgrenze erreicht und geht in Beamtenpension.

Doch so ganz nun wieder doch nicht.

Am 2. April 2004 wurde Ernst-Otto Stüber in den Aufsichtsrat der Gelsenwasser AG gewählt, nachdem er zuvor deren Gründungs-Aufsichtsratsvorsitzender war. Gelsenwasser ist mit einem Umsatz von 400 Millionen Euro Deutschlands größtes Wasserversorgungsunternehmen und beliefert auch 13 Städte mit Erdgas. Die Arbeit im Unternehmen machen die Beschäftigten und der Vorstand der AG, der Aufsichtsrat soll lediglich die Arbeit des Vorstandes „kontrollieren“. Trotzdem ist die Dotierung für die sieben einfachen Mitglieder des Aufsichtsrates mit 26.000 Euro enorm. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält sogar satte 54.000 Euro.

Ähnlich wie bei den Personalien Gerster (Bundesagentur für Arbeit) und Welteke (Bundesbank) sind auch die Vorgänge bezüglich Stüber dubios und zeugen von Selbstbedienungsmentalität, denn, vor einem Jahr kauften die Stadtwerke von Bochum und Dortmund die Aktienmehrheit (95%) an der Gelsenwasser AG. Der Kaufpreis betrug damals 835 Mio. Euro. Während dem großen und reichen Energiekonzern RWE dieser Preis zu

hoch war, kauften Bochum und Dortmund das Aktienpaket. Einer der vehementesten Befürworter des Geschäftes: Richtig, Bochums OB Stüber. Ernst-Otto Stüber war im vergangenen Jahr auch Verhandlungsführer der Städte und Gemeinden bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst. Dort schlug er eine „Nullrunde“ für die Beschäftigten vor, was durch Inflationsrate und Preiserhöhungen einer Reallohnsenkung gleichkam. Stübers Begründung war die Finanzmisere der Städte, die laut OB Stüber „pleite“ sind. Doch die städtischen Stadtwerke konnten zur gleichen Zeit Hunderte von Millionen Euro „aufreiben“ um Gelsenwasser mit zu kaufen. Sechs Monate später war Ernst-Otto Stüber Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gelsenwasser AG. Ein Schelm der Böses dabei denkt.

Übrigens: Die Bochumer Stadtwerke, beliefert von Gelsenwasser, erhöhten durch Beschluss des Aufsichtsrates den Wasserpreis zum 1. April des Jahres um 12,5 Cent je Kubikmeter. Gelsenwasser hat im letzten Jahr soviel Geld verdient wie noch nie und fast 50 Millionen Euro Gewinn erzielt.

Günter Gleising



Wir stellen uns vor:

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Deshalb haben wir am 15. Januar 2004 die Soziale Liste Bochum gegründet und begonnen kommunalpolitisch aktiv zu werden.

Deshalb haben wir in allen Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 26. September 2004 aufgestellt und wollen in den Rat der Stadt Bochum mit einer Fraktion einziehen. Konsequenz und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute gehör verschaffen.

Nur ein „Feiertag“? Zum 1. Mai

Wie an jedem 1. Mai rufen auch in diesem Jahr wieder diverse Parteien, Gewerkschaften und Organisationen auf, den 1. Mai als „Tag der Arbeit“ zu feiern.

Auch wir, die Soziale Liste Bochum, wissen diesen Tag zu würdigen, und lassen uns nicht nehmen, mal darauf hinzuweisen, was es eigentlich mit dem 1. Mai so auf sich hat.

Zuerst ein paar historische Eckdaten:

* 1886: Am 1. Mai ruft die nordamerikanische Arbeiterbewegung zum Generalstreik auf, um ihre Forderungen zum 8 Stundentag durchzusetzen.

* 1889: Beschluss der II. Internationale, ein internationaler Zusammenschluss von Arbeiterparteien, den 1. Mai zum weltweiten „Kampf- und Feiertag der Arbeiterinnen und Arbeiter“ zu erklären.

* 1890: Im Oktober beschließt die SPD den 1. Mai „Feiertag der Arbeiter“ zu nennen und dauerhaft einzuführen.

* 1933: Im April widmet Adolf Hitler den 1. Mai erneut um in den „Feiertag der nationalen Arbeit“.

* 1946 finden wieder Mai-Demonstrationen statt und die Gewerkschaften rufen zur Entnazifizierung und Wiederaufbau auf.

Wir finden es eine traurige Entwicklung, die dahin führte, dass der 1. Mai im Bewusstsein der Gesellschaft nur noch als „Tag der Arbeit“ wahrgenommen wird.

Dadurch rückt der Mensch in den Hintergrund, übrig bleibt allein der abstrakte Begriff „Arbeit“. Auch so leere Worthülsen wie „Maifeiertag“ lenken von der historischen Bedeutung ab, dass dieser Tag eigentlich der Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter ist.

Wir meinen, der Mensch sollte immer im Vordergrund stehen. Wir gedenken aber auch den Menschen, die immer dafür gekämpft haben.

Die Soziale Liste Bochum: Sozial ist Muss!

Ich möchte...

| Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.

| Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.

| Kontakt.

Ausschneiden und auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Impressum: Soziale Liste Bochum, c/o Jürgen Bargmann, Gertrudisplatz 4, 44866 Bochum. V.i.S.d.P.: Günter Gleising.

#

Staatsterror:

Terror, lat.: Schrecken

Staatsterrorismus: Staatliche Herrschaftstechnik, gestützt auf -> repressive Machtinstrumente und gewaltsame Machtausübung

Der Bochumer Polizeipräsident Burkhard Wenner braucht Erfolge. Der schwerwiegende Fall von Serienvergewaltigung steht trotz (verfassungsrechtlich höchst bedenklicher) Massengentests nicht vor seiner Aufklärung, Nazis knüppeln auf alles rein, was links oder „undeutsch“ aussieht.

Nun endlich erhielt Wenner von der „großen“ Politik genau die Steilvorlage, die er brauchte. Im „Kampf gegen den Terrorismus“ kann er sich beweisen.

Kurze Rückblende ins Jahr 2001: Bochum, die Stadt des Terrors, machte weltweit Schlagzeilen. Hier hausten in einem Studentenwohnheim, ein, zwei, drei, vielleicht auch ganz viele mutmaßliche Attentäter des 11. September 2001. (Immer diese „Mutmaßlichen“, das sind bekanntlich die schlimmsten.)

Wenner besinnt sich der Tradition des Terrors und holt sich von der Bezirksregierung in Arnberg die Lizenz zur Bekämpfung desselbigen, d.h. konkret für den Einsatz von mehreren Hundert Polizeibeamten.

Doch was sich in Bochum abspielte, geht auf keine Kuhhaut. Hunderte von schwerkgepanzerten Uniformierten stürmten zwei Moscheen im Stadtgebiet. Mit zuletzt im April 1945 dargebrachter Selbstverständlichkeit bewachte die Staatsmacht Maschinenpistolen-bewehrt religiöse Stätten. Aber wo man sich die „Bekämpfung des Terrorismus“ auf die Fahnen geschrieben hat, müssen zur Not mit der Brechstange Erfolge erzwungen werden. Also wurden über 470 Menschen unmittelbar nach dem Freitagsgebet festgesetzt, über 120 von ihnen wurden erkenntnisdienlich im Polizeipräsidium behandelt, d.h. ohne konkreten Tatverdacht in unkontrollierbaren Datennetzen erfaßt. Offenbar kann die Pressestelle der Bochumer Polizei nur auf diese Weise „einen großen Erfolg“ verbuchen: drei Festnahmen, eine wegen mangelnder Aufenthaltsgenehmigung, eine wegen Beisichführens eines Springmessers; und eine Person sollte eine Ersatzhaftstrafe wegen Beleidigung absitzen. Da muß man der Einsatzleitung herzlichst gratulieren!

Zwar ist bis heute ungeklärt, wie jemand festgenommen werden kann, wenn man mit 400 quietschenden Reifen die gesamte Nachbarschaft in den dicht besiedelten Wohngebieten in Angst

und Schrecken versetzt, aber die üblichen „Abstauber“ kamen voll und ganz auf ihre Kosten und Einschaltquoten. Wie so oft stürzten sich die Event-Journalisten und sonstigen Kriegsberichterstatter mit schreckgeweiteten Augen auf die „Verdächtigen“, welche teils mit Handschellen abgeführt wurden. Diese hatten das „Pech“ ihren Personalausweis in der fünf Minuten entfernten Wohnung liegen gelassen zu haben. Dabei weiß doch jedes Kind, daß seit 1935 Ausweisungspflicht in Deutschland herrscht.

Kaum wurde dies alles gesendet, knallt auf vielen Bochumer Stammtischen die Faust auf den Tisch, feixt man und freut sich, daß „die Kanaken“ in die Schranken gewiesen werden: „Die glauben doch eh', die können sich hier alles erlauben! Prost!“

Bild und SAT1 rufen schon seit Jahren: „Haltet den Dieb!“ Jetzt endlich reagiert die Polizei. Dafür muß sie auch gleich medienkonform gelobt werden. Und auch die Politik: „Endlich nimmt der Kampf gegen den Terror klare Formen an“ – und gegen das „Beisichführen von Springmessern“ möchte man dem „Bericht“ - erstattenden Praktikanten bei SAT1 um die Ohren hauen.

Sicherlich, was man unter Terrorismus versteht, ist zum Teil Ansichtssache, und manch ein betroffener Mitmensch hat nun endlich eine klare Vorstellung davon gewonnen; was aber macht denn nun den „großen Erfolg“ aus? Die Ummodellierung der Menschen zu „wachsamen Bürgern“, Fahrradwächtern und Blockwarten? Die stückweise Legitimierung von staatlichem Rassismus? Oder die Gewöhnung an martialische Polizeieinsätze?

Eines ist klar: Die derzeitige Terrorhysterie verwandelt manch obrigkeitstaatlichen Betonkopf in eine tollwütige Bestie, weil sie ihren „Feind“ schlicht und ergreifend nicht fassen kann. Das liegt in der Natur der Sache: Wo nichts ist, gibt's nichts zu finden – außer um sich greifende Paranoia und massenhaft „Verdächtige“.

Jørch Schönewerk

Clement, Stüber, Hinse

und Dreckmann:

Bochumer Politiker für mehr CO₂:

Es hat sich herumgesprochen: CO₂ führt zum Treibhauseffekt und damit zur Klimakatastrophe. Deswegen einigte man sich weltweit mit dem Kyoto-Protokoll auf weniger CO₂ Emissionen, auch Deutschland unterschrieb und Bundesumweltminister Trittin versuchte, wenn auch halbherzig, den CO₂-Ausstoß zu senken.

Dagegen, wie sonst nur noch George W. Bush, machte eine Industrielobby um das RWE mobil. Weniger CO₂ koste Arbeitsplätze, sagten sie fälschlich. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, sagt dagegen Johannes Rau sehr richtig.

Die Lobby fand eine Koalition der Willigen aus Bochumer Politikern. Wolfgang Clement setzte mehr CO₂ durch und forderte zudem die Abschaffung weiterer Umweltschutzmaßnahmen wie Kraft-Wärme-Kopplung und Ökosteuer. Stüber, Hinse und Dreckmann u.a. brachten eine Pro-Clement-Demonstration hin, die bundesweit einzige. Manche schlecht informierte Sozialdemokraten und IG-Metall Kollegen sollen teilgenommen haben.

Die Mehrheit der Bochumer Gewerkschaftler hat schon bei Clements 1. Mai – Auftritt vor einem Jahr sich unmissverständlich den lautstarken Protesten von ATTAC und anderen angeschlossen.

Die Soziale Liste Bochum jedenfalls fordert:

- Schnelle Senkung der CO₂ – Emissionen durch Rauchgasentschwefelungsanlagen u.ä.
- Befreiung der Bochumer Politik von der Vorherrschaft von RWE, Thyssen Krupp und General Motors, u.a. durch Abwahl ihrer Erfüllungsgefühlen aus dem Rat der Stadt. Schluss mit dem prima Klima fürs Kapital. Blauer Himmel über der Ruhr statt Treibhauseffekt.

Jürgen Bargmann

Lieber 35 Stunden pro Woche arbeiten als 42 Wochenstunden arbeitslos zu sein!

Durch die Tarifgemeinschaft der Bundesländer wurden für das Gebiet West die Arbeitszeitvorschriften zum 30.04.2004 gekündigt. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Vereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts vom 9.1.2003 (nach Angaben von Verdi)

Die Arbeitszeitverlängerung kommt einer ca. 10% Lohnkürzung gleich und gefährdet rund 100 000 Arbeitsplätze! Betriebsbedingte Kündigungen sind wahrscheinlich.

Durch die unsoziale Politik des Bundes fehlt den Ländern Geld, das auf dem Rücken der Beschäftigten gespart werden soll. Die Bundesländer tragen damit zur Arbeitsplatzvernichtung bei und sind hierdurch Vorbild für eine generelle Arbeitszeitverlängerung in der Wirtschaft.

Die Arbeitszeitverlängerung führt allenfalls kurzfristig zur Kostenentlastung der Länder.

Viele Bedienstete – insbesondere im Gesundheitsbereich oder der Polizei – arbeiten schon jetzt bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit (in vielen Fällen sogar darüber hinaus). Regelmäßige Überstunden sind auf der Tagesordnung. Wird diesen Menschen noch mehr Arbeitszeit zugemutet, kommt es zwangsläufig zu hohen Krankenständen – was neue erhebliche Kosten für den öffentlichen Arbeitgeber schafft.

Wer glaubt, Arbeitszeitverlängerung schaffe neue Arbeitsplätze, kann getrost glauben, dass 1 plus 1 gleich 1 Million ergibt. Sicher werden Millionen weiterer Arbeitsplätze vernichtet, wenn die Arbeitszeitverlängerung in der freien Wirtschaft Schule macht!

Beispiele für Arbeitsplatzabbau ohne Arbeitszeitverlängerung:



Arbeitszeitverlängerung schafft garantiert neue (**Grab**)stellen!

Es ist schizophren, wenn bei über 4 Millionen Erwerbslosen Arbeitszeitverlängerungen gefordert werden!

Bombardier baut 1000 Stellen ab – Schließung der Waggonfabrik in Ammendorf, Sachsen-Anhalt und Standort Henningdorf bei Berlin – (SZ 17.3.2004).

Siemens will weit mehr als 10 000 Stellen ins Ausland verlagern (SZ 2.4.2004)

Steilmann in Bochum: Zur „Standortsicherung“ in der Zentrale Bochum-Wattenscheid wurden bereits 384 Arbeitnehmer entlassen! Die verbliebenen Mitarbeiter sollen auf 6%! Ihres Einkommen verzichten! (WAZ Bochum)

Ulrich Achenbach